

BÜRGER, OHNE ARBEIT

Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft

Wolfgang Engler im Gespräch mit Robert Misik

Begrüßung:
Rudolf Scholten

Donnerstag | 15. September 2005 | 19.00 h

Wolfgang Engler

Geboren 1952 in Dresden, Soziologe, lehrt an der Schauspielschule „Ernst Busch“ in Berlin. Er publizierte zahlreiche Studien über Lebensformen in Ost und West und kritische Analysen über die Moderne, Demokratie sowie den Wandel des Politischen und der Öffentlichkeit in den industriellen Massengesellschaften.

Sein neuestes, im Aufbau Verlag erschienenes Buch *Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft* passt in die aktuellen Diskussionen. Die entscheidende These: Es wird Zeit, dass sich der Mensch nicht mehr über seine Arbeit und den dafür enthaltenen Lohn definiert. Das Mittel zum Zweck: Ein Bürgergeld für alle – ohne Bedingungen, ohne Wenn und Aber, quasi ein Menschenrecht. Der Gewinn: Freiheit, Zeit und Selbstbewusstsein. Engler analysiert die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Gegenwart, er greift weit zurück in die Vergangenheit und setzt sich völlig undogmatisch mit den Folgen der offensichtlich ausgehenden Beschäftigung auf das Arbeits- und das Privatleben auseinander.

Robert Misik

Geboren 1966, Journalist, Essayist, Sachbuchautor, lebt in Wien. Er begann seine journalistische Laufbahn 1989 bei der *Arbeiter-Zeitung*. In den 90er Jahren lebte er als Deutschland-Korrespondent des *profil* in Berlin. Später leitete er das Ressort Außenpolitik des *Format*. Seit 2002 arbeitet er als freier Autor für *Falter*, *profil*, *Standard* und die Berliner *tageszeitung*. In den Jahren 1989 und 2000 erhielt er den Förderpreis des Bruno Kreisky Preises für das politische Buch. Sein neuestes Buch *Genial dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore* ist im Aufbau Verlag erschienen.

Das Buch "**Bürger, ohne Arbeit**" des Berliner Kultursoziologen Wolfgang Engler wurde von "Zeit" und "FAZ" euphorisch als utopische Kritik des Zustandes der westlichen Industriegesellschaften gefeiert.

Rudolf Scholten

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie zu einem besonderen Abend hier im Kreisky Forum willkommen heißen. Besonders, weil wir uns über unseren Gast freuen, weil er der Beginn einer Reihe sein soll, die ein gemeinsames Thema aufnimmt. Ich begrüße Wolfgang Engler, guten Abend. Wolfgang Engler hat im Frühjahr des heurigen Jahres ein Buch veröffentlicht mit dem Titel *Bürge, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft* und hat damit nicht nur sehr viel an Diskussion ausgelöst, sondern auch wirklich ganz außergewöhnliche Kritiken im positiven Sinn bekommen. Die *Zeit* schreibt, „er ist radikal im Denken, groß in seinem politischen, ja utopischen Anspruch, in einer kraftvollen und doch eleganten Sprache, weit in seinen geistigen Horizonten in dem zentralen Thema unserer Zeit. Hier ist ein Denker, der buchstäblich aufs Ganze an die Wurzel der Dinge geht.“ Das freut einen schon, wenn man das liest.

Ich möchte auch den Moderator des heutigen Abends willkommen heißen und zwar insbesondere auch, weil er nicht nur Moderator ist sondern der Erfinder des heutigen Abends. Er hat es auch möglich gemacht, dass Wolfgang Engler nach Wien gekommen ist. Herzlich willkommen Robert Misik. Robert Misik hat vor einiger Zeit ein Buch veröffentlicht im gleichen Verlag mit dem Titel *Genial dagegen* und darin eine Reihe jener Strömungen aufgezeigt, jener Tendenzen, die ein Ende dieser scheinbar allein selig machen Simplifizierung dessen, was man ungenau als Neoliberalismus bezeichnen kann, auflistet.

Ich denke, und das ist auch das, was wir uns programmatisch vorgenommen haben, dass es eine unserer zentralen Aufgaben ist hier im Haus, jene Stimmen zu Wort kommen zu lassen, die einer Tendenz der letzten Jahre widersprechen, nämlich dieser Verkürzung auf zugegeben sehr leicht verständliche, sehr simple, aber wie sich heraus stellt, falsche Grundsätze. Peter Turrini hat in Salzburg vor kurzem einen Vortrag gehalten, wo er auch belegt hat, wie falsch z.B. der Grundsatz ist „wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut“ an Hand der simplen Tatsache, dass die Aktienkurse genau so schnell steigen wie die Arbeitslosenzahlen. Menschen, die an der Armutsgrenzen oder darunter leben, nehmen an Zahl zu und gleichzeitig steigen die Gewinne der Aktiengesellschaften. So kann das ja wohl nicht stimmen. Ein anderer Grundsatz, der auch so leicht rein gegangen ist, ist, „der Staat kann wie jede ordentliche Hausfrau nur so viel ausgeben, wie er einnimmt“. Also jedes gut geführte Unternehmen weiß, wann es zu investieren hat, und gibt natürlich dann mehr aus, als es einnimmt, und weiß auch warum. Würde es diese Gelegenheiten versäumen, würde es ziemlich rasch untergehen. Also die unterschiedlichen Gegebenheiten von privaten Haushalten und vom Staat und von Unternehmen zu negieren und sie alle auf eine Brieftaschenebene zu reduzieren, ist einfach ökonomisch falsch und widerspricht auch allen Spielregeln selbst der Wirtschaft, die diesen Satz dann gerne verwendet. Ein dritter Satz, der auch auf der gleichen Ebene häufig gebracht wird, und der dann angesichts von Umweltkatastrophen schnell wieder vergessen wird, heißt „weniger Staat mehr privat“. Wie das dann anschaut, sieht man zum Teil dann, wenn in einem Katastrophenaugenblick die staatliche Infrastruktur nicht funktioniert.

Aber es ist auch – und damit bin ich beim Thema des heutigen Abends – wohl fahrlässig in einer Zeit, wo das Risiko in dieser Gesellschaft hinsichtlich des Arbeitsplatzes, hinsichtlich der sozialen Absicherung, hinsichtlich Ausbildungschancen zunehmen größer wird, davon auszugehen, staatliche Absicherungssysteme schwächer werden zu lassen. Und es ist noch fahrlässiger und einfach falsch anzunehmen, dass private Absicherungssysteme das auffangen können und vor allem wollen. Es sind gerade im übrigen die großen Konzerne, die ich jetzt gar nicht auf den Benzinpreis reduzieren möchte, diejenigen, die im Zweifelsfalle einen starken Staat verlangen und auch brauchen. In einem wesentlich höheren Ausmaß naturgemäß brauchen soziale Absicherungsmodelle das Instrumentarium und die Potenz des Staates, um sie zu betreiben. Jeder Gesellschaftsvertrag würde in Brüche geraten, wenn der Staat nicht mehr im Stande wäre, diese Brücken zu schlagen. In der *Süddeutschen* gibt es heute einen Kommentar, in dem gesagt wird: „Das Ende der Transferleistungen, der Abbau des Sozialstaates insgesamt mag eine wirtschaftliche Notwendigkeit sein. Es beginnt damit eine unverhoffte Revolution. Die Besitzenden fürchten den Makel der Armut nicht weniger als die Armen und sind deshalb entschlossen, den Gesellschaftsvertrag aufzukündigen.“ In diesem Umfeld bin ich froh, dass es Stimmen gibt wie Sie, und ich freue mich auf die heutige Diskussion. Danke.

Robert Misik

Bevor ich das Wort an Wolfgang Engler weiter gebe, möchte ich ein paar Sätze zu Wolfgang Engler sagen, damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben. Ich beginne auch damit, dass

ich mich freue, dass Wolfgang Engler heute da ist. Ich kenne Wolfgang Engler seit sechzehn Jahren. Als blutjunger Journalist der Arbeiterzeitung – ich war damals 22 Jahre alt – fügte es sich, dass im Jahr 1989 in der DDR eine Krise ausbrach. Das Regime trudelte, Zehntausende versuchten das Land zu verlassen. Ich wurde in die DDR geschickt, um dort zu recherchieren. In meiner Vorbereitung hat ein Freund – der Dichter Robert Schindel - zu mir gesagt, da kennt er jemand, der heißt Wolfgang Engler, wohnt da und dort, geh zu dem. Bin ich dort hin gegangen, hab gesagt, mich schickt der Robert Schindel und wurde gleich freundlich aufgenommen von Wolfgang und seiner Frau Anna. Sie haben mir damals alles gezeigt, was man jemandem zeigen kann, und erzählt und Hintergrundinformationen gegeben. Das ist ja nicht so einfach in einem Land, das autoritär regiert wird, und wo man nicht einfach ins Büro der Opposition gehen kann und sich informieren kann und dann zur Regierung gehen kann und sich informieren kann, sondern wo man ein bisschen under cover recherchieren muss. So habe ich dann eine Serie geschrieben, die ich dann viele Jahre später noch einmal gelesen habe, und bin drauf gekommen, nichts, was da drinnen geschrieben ist, ist falsch gewesen. Vieles war richtig und auch weit blickend. Das war natürlich nicht deshalb so, weil ich so ein toller Hecht bin sondern weil ich so einen guten Informanten hatte und so eine gute Quelle mit Urteilskraft. Das war Wolfgang Engler.

Er war damals Ende seiner 30er. Er war ein junger Sozialwissenschaftler in der DDR, der aber auch weltläufig war trotz der Schwierigkeiten, die man in diesen Ländern hatte. Immerhin hat die DDR eine Mauer durch Berlin gebaut und einen Stacheldraht drum rum. Es war schwierig, auch westliche theoretische Diskurse zu verfolgen und in denen zu Hause zu sein. Wolfgang Engler war darin zu Hause. Er war in der DDR nicht in einer Nische sondern in einer Oase der Freigeistigkeit beheimatet. Er war Dozent an der bedeutendsten Schauspiel- und Regieschule im deutschsprachigen Raum, der Ernst-Busch-Schule. Mittlerweile ist er ihr Rektor geworden. Er hatte sich weder mit dem Regime gemein gemacht, noch hatte er sich in dissidenten politischen Kämpfen aufgerieben, sondern er war ein unabhängiger luzider Denker, der auf der Höhe der Zeit war. Das war sehr selten in der DDR, wie sich später heraus gestellt hat. Es gab entweder Parteiintellektuelle oder es gab Bürgerrechtler oder es gab Leute, die sich ihre Unabhängigkeit um den Preis erkaufte haben, dass sie sich irgendwo zurück gezogen haben jenseits von heute und hier. Das hat er nicht getan. So war er wirklich etwas fast Einzigartiges, wie der Osten zum Teil des Westens wurde. Deswegen wurde er auch sehr schnell ein Geheimtipp.

Die ersten Bücher, die erschienen sind im Suhrkamp Verlag, hießen *Die zivilisatorische Lücke* und *Die ungewollte Moderne*. Das waren Studien über die ostdeutschen Gesellschaften. Einen Faden, den er weiter gesponnen hat in seiner großen Studie *Die Ostdeutschen*. Damit hat er sich quasi zum Biografen der Ex-DDR oder wie man es zu diesem Zeitpunkt auch genannt hat von Neufünfland gemacht. Er hat auch den Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür bekommen. Das ist das Pendant zum Bruno-Kreisky-Preis hier in Österreich. Es ist ihm in dieser Studie wie auch in den vorher gehenden gelungen, sowohl nah an seinem Gegenstand zu sein als auch Distanz zu ihm zu haben in dem Sinne, im Spezifikum das Allgemeine zu sehen. Er fragte etwa in den Begrifflichkeiten von Max Weber oder des Soziologen Norbert Elias, wie sich gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, die in allen Industriegesellschaften stattgefunden haben, im Osten geäußert haben. Er sah sich an, wie sich Mentalitäten heraus gebildet haben, wie so etwas wie lange Dauer ihre Spuren hinterlässt. Er hat die Spezifika des Ostens immer durch ein Prisma des Allgemeinen betrachtet. Das wurde für alle sichtbar mit seinem vorletzten Buch. Das hieß *Die Ostdeuten als Avantgarde*. Da geht es um die Ostdeutschen als Bewohner eines Landstrichs, aus dem die Arbeit verschwunden ist, also um Menschen, die ihr Leben gestalten und ihm auch Würde abgewinnen müssen ohne die strukturierende Kraft von Arbeit im Sinne von erwerbsmäßiger

Lohnarbeit. Damit ist er dann schon zu seinem Thema seines jüngsten Buches gekommen, über das wir heute diskutieren. Denn damit hat er gewissermaßen den Osten erstmals völlig hinter sich gelassen, nicht deshalb weil der Osten uninteressant geworden, sondern weil die Probleme der Transformationsstaaten universal geworden sind. Nämlich das Verschwinden der Arbeit ist nicht mehr nur ein östliches Problem sondern ein westliches. Denn im Westen geht die Arbeit aus. Es gibt großen Reichtum hier, wie wir wissen, aber es gibt auch Massenarbeitslosigkeit. Viele Menschen werden gewissermaßen befreit vom Trott, vom Fließband, von der Fabrik. Aber sie können das nicht als Befreiung erleben, sondern in ihrem Leben zieht eklatanter Mangel ein, Bedrängnis, aber mehr noch. Weil wir alle das sind, was wir sind, und das heißt traditionell in unseren Gesellschaften, wir sind das, was wir beruflich machen, verlieren sie auch an Identität. Auf diese Krise der Arbeitsgesellschaft gibt es eine Antwort mit zwei Spielarten. Die Antwort lautet, wir müssen Vollbeschäftigung wieder herstellen. Die eine Spielart dieser Antwort ist die neoliberale, die heißt, wir müssen reformieren, reformieren, reformieren, die sozialstaatlichen Hemmnisse und alles, was das Prosperieren der Wirtschaft hemmt, abbauen. Dann wird schon wieder genug Arbeit entstehen. Die andere ist gewissermaßen eine simplifizierte neokeynesianische, die sagt, wir müssen unseren Sozialstaat weiter absichern, wir müssen die Nachfrage ankurbeln. Dann wird auch wieder investiert werden. Wenn konsumiert wird, dann wird es auch wieder Vollbeschäftigung geben. Auch diese zweite, mag sie uns auch sympathischer sein, hat ihre Fragwürdigkeiten. Wolfgang Engler lässt beide Antworten hinter sich. Er fragt, wie müssen Bedingungen ausschauen, sind Bedingungen zu schaffen, dass Menschen ohne Arbeit vollständige Bürger sein können mit allen Gratifikationen, die einem Bürger zukommen, und nicht Bürger zweiter Klasse, was heute die sind, die keine Arbeit haben. Wer keine Arbeit hat, gehört nicht dazu. Nur wer Arbeit hat, gehört dazu. Wie kann jemand, der nicht Arbeit hat im Sinne von lohnförmiger Arbeit dazu gehören? Wie kann er also Bürger ohne Arbeit sein? Deswegen auch der Titel seines Buches. Darüber könnte ich Ihnen jetzt viel erzählen, muss ich aber zum Glück nicht, weil das macht Wolfgang Engler selbst.

Wolfgang Engler

Man bedankt sich gemeinhin und höflich für eine Vorstellung, bevor man nun selber dran ist. In diesem Fall für diese besonders sachkundige und auch sehr persönlich gehaltene Vorstellung bedanke ich mich insbesondere. Natürlich fällt einem dann dabei auf, dass sechzehn Jahre, ist ja nun auch nicht wenig, ins Land gegangen sind. Was waren wir für junge Kerle, als wir uns kennen lernten. Herzlichen Dank für diese Worte.

Ich will nichts Abendfüllendes sagen, nur ein paar Gedanken vortragen, ein paar Thesen des Buches, denn das ist eine Absicht, die über den Horizont der Lohn- oder Erwerbsarbeitsgesellschaft hinaus führen möchte, das Denken sowohl als das politische Handeln. Aber um meinen Gegenstand wirklich ergreifen zu können, möchte ich zuvorderst doch ein kleines Loblied auf die Arbeit anstimmen, damit man den Gegner oder Widerpart, mit dem man es geistig und praktisch aufnimmt, nicht klein redet sondern in seiner ganzen Größe und Bedeutung erscheinen lässt. Ich glaube, uns ist, obwohl wir in einer sicher ernsthaften Krise der Erwerbsgesellschaft stehen, bewusst, welcher herausragende Bedeutung die Arbeit für das Leben der einzelnen wie auch für das der Gemeinwesen, die sie miteinander bilden, besitzt. Es gibt eine sehr banale snobistische Vorstellung der Arbeit, die eigentlich nur deren Ertrag oder das Entgelt gelten lässt, also Arbeit auf das, was heraus kommt, reduziert. Das ist sehr eindimensional. Mit Arbeit gehen im Leben der Einzelnen sehr viele Aspekte einher, die leicht zu entfallen drohen, wenn die Arbeit weg fällt. Also Arbeit bettet noch immer Menschen, die im Berufsleben stehen, in ein ganzes Geflecht sozialer Bezüge ein. Natürlich erlaubt Arbeit Dem- oder Derjenigen, die über Arbeit verfügen, ein eigenes Leben zu führen, das materiell auskömmlich ist. Arbeit setzt zahlreiche Anreize, sich für etwas auch

über die Arbeit Hinausgehendes zu interessieren, sich weiter zu bilden, vielleicht auch kulturelle Interessen zu entwickeln. All das wird fraglich, wenn das Zentrum all dessen – eben Arbeit – aus dem Leben emigriert oder bloß noch tröpfchenweise fließt, so dass Arbeit mal kommt, mal geht, eher Episode im Leben bildet, als dass sie das Leben von innen organisiert und zusammenfügt. Die Debatten darüber sind älteren Datums, reichen wenigstens zwei, drei Jahrzehnte zurück. Desgleichen hängt an Arbeit natürlich heute im besonderen Maß die Finanzierung der Sozialsysteme, also der sozialen Garantien, die mit der Arbeit einher gehen, in Europa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts das, was wir als Sozialstaat, als Wohlfahrtsstaat verstehen, ja auch schätzen gelernt haben. All das wird über Arbeit, über Besteuerung, über Abgaben von Arbeit finanziert. Arbeit ist nicht zuletzt ein Garant sozialer Ordnung, wie immer man zur Ordnung stehen mag. Sie fügt das Leben nicht nur in soziale Bezüge ein, sondern sie gibt ihm auch ein grobes zeitliches Raster. Sie erlaubt, zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu unterscheiden, denn sie gibt dem Leben eine Aufgabe oder mehrere Aufgaben, sie orientiert es auf etwas hin. All das verbinden wir zu Recht mit Lohnarbeit, mit Erwerbsarbeit, jedenfalls mit Arbeit in jener Gestalt, die Sie vielleicht auch seit dem Ende des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts gewonnen hat.

Ein französischer Soziologe und Historiker, dem wir einige bedeutende Arbeiten zu diesem Thema verdanken, mit Namen Robert Castel hat in einem seiner jüngsten Bücher, den *Metamorphosen der sozialen Fragen*, von einer bürgerlichen Form der Lohnarbeit gesprochen. Das ist ein sehr glücklicher Ausdruck. In der Tat entsinnt man sich vielleicht an Hand historischer Dokumente, wie verachtet, wie niederdrückend Arbeit, Lohnarbeit in der Frühgeschichte des modernen Kapitalismus war, in den 1810er, 20er, 30er, 40er Jahren bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, wie sie sehr sie mit Proletarisierung, Pauperisierung, Verelendung derer einher ging, die arbeiteten. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist so etwas entstanden wie eine bürgerliche Form der Lohnarbeit, d.h. Menschen, die arbeiteten, die Teil des Erwerbssystems waren, konnten in einigen Teilen dieser Welt, in unseren Breiten und etwas darüber hinaus doch eine geachtete Stellung in der Gesellschaft einnehmen. Das heißt, die Stelle, die jemand im Erwerbssystem innehatte, erlaubte ihm oder ihr zugleich eine einigermaßen unangefochtene, materiell auskömmliche und geachtete Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. Das ist das, was man rückblickend die gute Arbeit nennen kann oder eben die bürgerliche Form der Lohnarbeit.

Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer, hier ist das Problem. Wenn man von einer Krise des Erwerbssystems oder von einer Krise der Lohn- oder Erwerbsarbeitsgesellschaft spricht, dann sollte man nicht, wie einige das etwas vorschnell getan haben wie etwa Jeremy Rifkin in seinem Buch *Das Ende der Arbeit*, eine solche Formel prägen. Also der Gesellschaft geht die Arbeit aus, es wird keine Arbeit mehr geben. Denn daran ist ja vielerorts kein Mangel. Wir alle wissen, welche Form von Arbeitsverschnitt, also minderwertige Arbeit neuerdings wieder in Umlauf gesetzt wird, wie sehr unwürdige Formen der Lohnarbeit sozial und politisch rehabilitiert werden getreu dem Slogan „jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“, ein Slogan der nicht nur aus dem Munde der Regierenden kommt sondern oft genug von den Regierten selbst memoriert wird, die sich ein Leben ohne Arbeit und sei es auch schlechter Arbeit nicht recht und schon gar nicht gut vorstellen können. Also wenn es eine Krise der Arbeit gibt, dann ist es eine Krise dieser guten Arbeit, materiell auskömmlich, mit sozialen Garantien versehen, verlässlich, auf die man ein Leben bauen kann oder konnte. Diese Arbeit wird mehr und mehr zur knappen, damit auch umstrittenen Ressource.

Auf dem Hinflug las ich einen kleinen Text, den mir neulich ein Kollege zugesteckt hat, weil er weiß, dass ich mich für solche Sachen interessiere, nämlich eine Enzyklika von Papst Johannes Paul II, die er gleich zu Beginn seiner Amtszeit in Umlauf gesetzt hat 1981 *Über die*

menschliche Arbeit. Diese Enzyklika nimmt Gedanken auf und versucht sie weiter zu entwickeln, die der berühmte Papst Leo XIII. 90 Jahre zuvor in einer ebenso berühmten Enzyklika *Über die soziale Frage* – das war das erste Mal, dass sich die katholische Kirche wirklich und ernsthaft mit der sozialen Frage beschäftigt hat – herausgegeben hatte. Da las ich dann vor wenigen Stunden einen Satz von Johannes Paul II.:

„Wenn wir auf die gesamte Menschheitsfamilie rund um die Erde schauen, werden wir unvermeidlich von einer erschütternden Tatsache ungeheuren Ausmaßes schmerzlich berührt. Während einerseits beträchtliche Naturschätze ungenutzt bleiben, gibt es andererseits Scharen von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten und ungezählte Massen von Hungernden. Eine Tatsache, die zweifelsfrei bezeugt, dass im Inneren der einzelnen politischen Gemeinschaften wie auch in den Beziehungen zwischen ihnen auf kontinentaler und globaler Ebene hinsichtlich der Organisation der Arbeit irgend etwas nicht funktioniert und zwar gerade in den entscheidenden und sozial wichtigsten Punkten.“

So ist es. Irgendetwas funktioniert nicht in den entscheidenden und sozial wichtigsten Punkten. Und zu dem, was da nicht funktioniert, oder auch zu nicht funktionierenden Alternativen will ich dann noch ein paar Minuten der mir zugemessenen Zeit nutzen.

Ich weiß nicht ganz genau, wie es sich in Österreich verhält. Ich vermute nicht sehr viel anders als in Deutschland und vergleichbaren Staaten. Ich glaube, dass es an der Zeit ist und dass es auch Not tut, gegen das Einheitsdenken in Bezug auf diese Frage von Arbeit, Lohn-, Erwerbsarbeit doch etwas zu unternehmen. Die Kernformel dieses Einheitsdenken ist, es ist schwierig. Man könnte sagen wie Papst Johannes Paul II, irgendetwas stimmt da nicht. Und wir müssen ja versuchen, das, was da nicht stimmt, wieder in Ordnung zu bringen, es wieder zu flicken, zu heilen, zu reparieren, dass annähernd jeder und jede, die das wollen oder nötig haben, ihr Leben durch Lohnarbeit und zwar durch eine in diesem Sinne, wie ich vorhin sagte, gute, auskömmliche Lohnarbeit begründen können. Dieses Ziel teilen, so weit ich sehe, in Deutschland rechts bis links, was das politische Spektrum angeht. Der Wahlkampf, der in drei Tagen entschieden wird, steht vollkommen im Banne von Arbeit und Vollbeschäftigung. Die einen sprechen von Vorfahrt für Arbeit. Die anderen sagen, sozial ist was Arbeit schafft. Die Linkspartei hat ihren letzten Wahlkampf unter die Losung gestellt, „Arbeit soll das Land regieren“. Dazu fällt einem gar nichts mehr ein, finde ich. Die Unternehmerverbände denken so ähnlich. Die Gewerkschaften denken mit wenigen Ausnahmen – es gab ja genug Diskussionen dieser Art - so ähnlich oder genau so. Die katholische Kirche denkt in der Tat so, weil sie auch aus religiös-anthropologischen Gründen daran schon auch den Menschen als Mängelwesen fest gemacht sieht, seine Paradiesunfähigkeit unter Beweis gestellt sieht. Er muss also arbeiten, um sein Dasein zu fristen. Also man findet eigentlich kaum jemanden von politischer, sozialer oder kultureller Relevanz, der sich diesem Einheitsdenken verweigert und diesen zur Schau getragenen Optimismus nicht mit macht, weil das Problem sofort auf eine andere Ebene transponiert wird.

Wenn man auch mit renommierten Politikern, Gewerkschaftsfunktionären diskutiert und dann werden die Mikrophone abgestellt und die Kameras gehen aus und dann sagen einem auch renommierte deutsche Politikern, wissen Sie, Herr Engler, wir glauben auch nicht wirklich an Vollbeschäftigung, aber das kann man doch nicht sagen, wenn wir anfangen das politisch zu proklamieren, dann drückt uns der politische Gegner an die Wand und zwar deshalb an die Wand, weil die Mehrheit der Regierten dieses Opiums, dieser Verheißung von Vollbeschäftigung einfach bedarf. Das heißt, hier haben wir das entscheidende Scharnier des gegenseitigen aufeinander abgestimmten Betrugs der Regierenden mit der Mehrheit der Regierten. Es ist keineswegs so, dass hier von oben Legenden oder Illusionen in Umlauf

gesetzt werden, der die Mehrheit der Regierten misstraut. Es ist vielmehr so, dass die Mehrheit der Regierten nur allzu bereitwillig – einstweilen jedenfalls, bis dato – darauf eingeht, weil es auch für sie eine schwer erträgliche oder auch nur schwer sich auszumalende Vorstellung ist, ein Leben zu führen, in dessen Zentrum nicht Arbeit steht - Lohnarbeit, Erwerbsarbeit, irgendeine Stellung, eine möglichst geachtete, anerkannte Stelle im Erwerbssystem.

Hier liegt das Problem, auf das mein Buch eine Antwort versucht, wobei ich an Antworten anknüpfe, die andere dazu schon gegeben haben. Es ist keine Debatte, die von jetzt stammt. Es sind zwei Aspekte. Der eine Punkt, an dem mir sehr gelegen ist in dem Buch, ist, all jenen Recht zu geben oder zusätzliche Argumente für all jene zu finden, die es schon seit der Mitte der 1960er Jahre gibt. Im Grunde weist der Gedanke sehr viel weiter in unsere, der abendländischen Tradition zurück, wenigstens auf das klassische Athen im 5. vorchristlichen Jahrhundert zur Zeit des Perikles, ein Gedanke, wofür ich auch neue Argumente darzustellen versuche nämlich zugunsten einer Entkoppelung von Leben und Arbeit. Das scheint mir deshalb konsequent, weil und wenn und insoferne die politische Ideologie, die seit den späten 1960er, frühen 1970er Jahren, als Massen- und Dauerarbeitslosigkeit zum ersten Mal in Deutschland und den benachbarten Ländern zum Problem wird, mit Vertröstung argumentiert und Hoffnungen in Umlauf setzt, diese Vertröstung und Hoffnung nicht wirklich realisieren konnte. Also wir sind der Vollbeschäftigung nicht wirklich nahe gekommen. Wir sind nicht wirklich auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Dann scheint es mir sinnvoll, daraus eine Konsequenz zu ziehen. Wenn das nicht funktioniert, wenn wir heute nicht mehr mit Wachstumsraten rechnen können, die die Produktivität kompensieren und die beschäftigungswirksam wären so wie in den 1950er und 1960er Jahren, natürlich auch im Bann der Nachkriegskonjunktur, wenn wir heute vielmehr Wachstumsraten bräuchten, die zu haben wir nicht wirklich realistisch erwarten dürfen, um Beschäftigung auch nur sinnvoll neu zu kreieren, dann muss man doch irgendeine Antwort für das Leben jener hunderttausenden und Millionen von Menschen finden, für die das Erwerbssystem sei es zeitweise, sei es dauerhaft, keine Verwendung hat. Und diese Antwort kann doch nicht darin bestehen, immer neue Enttäuschungs-, immer neue Hoffnungsschleifen zu produzieren, die in immer neue Enttäuschungsschleifen einmünden, weil sich dadurch die Glaubwürdigkeit des politischen Systems selber verschleißt. Also die Gefahr dieser Vollbeschäftigungs- und Arbeitsideologie ist, dass nach dem Durchlauf aller möglichen Konstellationen, aller möglichen Rezepte, aller möglichen politischen Programme, Vollbeschäftigung herzustellen und deren Scheitern, schließlich eine allgemeine Enttäuschung und Wut sich breit macht, die gar keiner politischen Partei und gar keiner politischen Konstellation mehr Glauben schenkt und von der man nicht wissen kann, ob sie wild um sich schlägt oder zu irgendwelcher Konstruktivität im Stande ist. Das ist das erste.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, das nicht selbst wieder an Arbeit geknüpft ist, antwortet auf ein Versagen – das wäre jetzt moralisch gesagt -, und näher auf der Ebene des politischen platziert sagen wir eher auf eine Fehlfunktion, auf etwas nicht mehr Möglichen, nämlich auf Vollbeschäftigung als realistische Perspektive politischen Handelns und wirtschaftlicher Mechanismen. Sie eröffnet jenen eine humane Lebensmöglichkeit, die vom Erwerbssystem zeitweise oder dauerhaft ausgeschlossen sind oder die gar nicht erst hinein finden, nachdem sie eine Lehre absolviert haben oder von der Schule kommen oder studiert haben etc. Auch der stellungslose Akademiker ist ja eine Sozialfigur, an die wir uns unter dessen fast schon gewöhnt haben.

Der zweite Punkt ist mir fast noch wichtiger als der erste. Es gibt zahlreiche, auch renommierte Vordenker. Wer sich von Ihnen mit der Frage etwas näher beschäftigt hat, wird

die Namen wissen. André Gorz ist einer in Frankreich, der seit Jahrzehnten versucht, eine Schneise zu brechen für diesen Gedanken, der seine eigenen Gedanken auch mehrmals revidiert und modifiziert hat, der erst auch dachte wie die Mehrheit auch der Intellektuellen in Deutschland, Ulrich Beck und andere, man muss das Grundeinkommen an Arbeit binden, und sich dann doch zu einem bedingungslosen Grundeinkommen durchgerungen hat. Das scheint mir auch die einzig wirklich radikale Form, dieses Problem anzupacken. Wenn wir das Grundeinkommen oder die soziale Mindestsicherung an Arbeit binden, stehen wir immer vor einem Folgeproblem. Man muss dann ein de facto Recht auf Arbeit oder wenigstens auf Anstellung für all jene dekretieren, die die soziale Sicherung empfangen. In Deutschland sind offiziell fünf Millionen arbeitslos, sieben Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Wenn man alle Gruppen mit einbezieht, die da eigentlich rein gehören, dann müsste man jetzt eigentlich sieben Millionen Beschäftigungsverhältnisse kreieren. Das hieße doch aber letztlich, neben die existierende Arbeitswelt eine zweite zu stellen. Und oft genug gibt es Überschneidungen, Konkurrenzen, wird subventionierte Arbeit als Mittel dazu eingesetzt, „ordentliche“ Arbeit zu verdrängen, zu ersetzen. Da schafft man lauter Folgeprobleme, die man sozial auch nicht beherrscht.

Ich war sehr überrascht, in historischen Annalen zu lesen, dass zum ersten Mal im 17. Jahrhundert, als Kardinal Richelieu ein System öffentlicher Beschäftigung in Frankreich erwog, die Zünfte dagegen revoltierten und zwar aus dem selben Grund, wie heute der Mittelstand gegen solche Projekte revoltiert, dass nämlich „ordentliche“ Arbeit durch solche Arbeit an den Rand gedrängt wird und ganze Gewerbe ruiniert werden durch eine inflationierte, schlecht bezahlte, irgendwie in staatliche Regie genommene Arbeit, öffentliche Beschäftigungssektoren. Man weiß doch gut genug, dass in neun von zehn Fällen diese staatlich beschäftigte Arbeit, wenn sie nicht realen Beschäftigungsverhältnissen gefährlich wird, ökonomisch sinnlos ist und diejenigen demütigt, die sie ausüben, weil sie gut genug wissen, dass die Arbeit, die sie machen, von anderen mit technischem Gerät und zu ordentlichen Löhnen viel effizienter gemacht wird als ein Projekt, mit dem Leute schlicht und ergreifend beschämt werden, wenn man nicht sogar ökonomischen Unfug anrichtet. Damals protestierten die Zünfte. Und es gab zahlreiche Eingaben an den König. Und das Projekt wurde fallen gelassen. Und richtig war es. Und ebenso unsinnig war es, als man ein Jahrhundert später dachte, dass man die vielen Leute, die man derweilen ins Gefängnis – und Gefängnis hieß damals wirklich Knast zu den übelsten Bedingungen – rein gesteckt hat, vielleicht für öffentliche Arbeiten gewinnen könnte.

Also das ist alles fragwürdig, nicht durchdacht, führt zu Folgeproblemen. Darum scheinen mir all jene nicht wirklich im Recht zu sein, die ein Grundeinkommen, eine Mindestsicherung, ein basic income fordern, und sagen, aber die, die es empfangen, müssen gleichzeitig arbeiten. Das stimmt irgendwie vorn und hinten nicht. Und man wird diese Konsequenzen nicht wirklich los.

Das zweite, zu dem ich jetzt ganz kurz noch etwas sage, ist fast noch wichtiger. Gesetzt selbst den Fall, es gelänge eine Erweiterung der sozialen Rechte, ein Ausbau der sozialen Rechte in diesem Moment, wo wir alle eher Zeugen des gegenteiligen Prozesses sind, d.h. eine Rücknahme sozialer Rechte, eine Beschneidung sozialer Rechte, eine Umdefinition sozialer Rechte aber hin eher zum schlechteren als zum besseren. Es gelänge nicht nur auf nationaler Ebene - er ist als nationaler Prozess kaum noch vorstellbar – sondern, sagen wir mal, auf europäischer. Der europäische Verfassungsprozess wäre nicht gescheitert, er wäre gelungen, und die Präambel würde uns Europäer nicht auf das Christentum verpflichten sondern auf eine Reihe erweiterter sozialer Grundsätze, deren einer heißt in Abwandlung eines Paragraphen der Revolutionsverfassung in Frankreich von 1793. Der hieß etwa: „Menschen, die beim

besten Willen durch das ökonomische System und auch politisch nicht mit Arbeit versorgt werden können, fallen der Obhut des Staates anheim – heute würde man etwas aktivistischer für die Empfänger formulieren -, genießen ein Recht auf Leben, auf Lebensunterhalt.“ Selbst wenn das möglich wäre, wenn es als europäischer Prozess möglich wäre, wenn es Teil einer europäischen Verfassung würde, wenn es eine wirkliche europäische Sozialcharta gäbe, die Leute vielleicht begeistern würde, weil sie ihnen einen neuen Horizont eröffnet, wäre das entscheidende Problem möglicherweise noch immer nicht gelöst. Es wäre vielleicht die Basis geschaffen es zu lösen, aber das Problem selber wäre nicht gelöst, weil es nämlich kein materielles sondern ein kulturelles, man könnte auch sagen ein geistiges ist.

Nämlich wie kommt denn Leben ins Leben des Menschen ohne Arbeit oder des Menschen mit wenig Arbeit? Wie vermag er oder sie aus dem Umstand, dass die existenzielle Not von ihm oder ihr genommen ist, nicht nur Nutzen der Art zu ziehen, dass nunmehr Unterhaltung around the clock das Leben bestimmt, sondern dass das Leben nach eigenen Maßgaben und Maßstäben abläuft, dass es vielleicht gehaltvoll ist, interessant, spannend auf eine gewisse andere, neue Art, dass man im Stande ist, auch als jemand, der nicht dauerhaft oder vielleicht nur partiell oder gar nicht mehr im Erwerbssystem steht, ein Leben mit anderen zu führen, mit anderen etwas zu Wege zu bringen und sich selber Aufgaben zu stellen, Ziele zu setzen, sich Orientierung zu geben? Das heißt, mit sich und anderen einigermaßen befriedigend zusammenzuleben. Das besorgt das Geld ja als solches nicht. Das besorgt eine Mindestsicherung oder Grundsicherung nicht. Da ist es völlig egal, ob die etwas auskömmlicher oder weniger auskömmlich ist. Das entscheidende Problem ist kultureller Art. Und unsere kulturellen Institutionen sind auf die Lösung dieses Problems denkbar schlecht vorbereitet. Und sie sind es deshalb, weil sie eben auch Erben der Lohnarbeitsgesellschaft sind. Typischerweise wachsen Menschen heute in unseren Gesellschaften heran, werden sie erzogen und ausgebildet und mit Orientierung versehen fast nur unter einem Gesichtspunkt, nämlich dass ihr weiteres Leben seine hauptsächliche Befriedigung, Erfüllung und sein wesentliches Zentrum dadurch findet, dass man Teil des Erwerbssystems wird. Auf die existenzielle Frage, was passiert denn mit meinem Leben, wie lerne ich es zu führen, wenn mir diese Befriedigung und Erfüllung versagt bleibt, geben all diese kulturellen Institutionen, das Elternhaus eingerechnet, keine Antwort oder nur zufällige Antworten, weil die Dispositionen des Elternhauses gerade günstig sind. Aber wer will sich darauf verlassen? Das hat doch mit Politik nichts zu tun, wenn das Schicksal, das ich habe als jemand, der keine Arbeit hat und trotzdem ein Leben führen kann, gerade dadurch besser läuft, weil meine Eltern mir eine Mitgift mit gegeben haben, ansonsten aber keine Schulung im Leben passiert.

Es gab eine Zeit, die nun wirklich weit zurück liegt - da kommen wir wieder ins demokratische Athen oder ins republikanische Rom -, da bestand die höchste Kunst, die man überhaupt erwerben konnte, darin, sein Leben zu führen. Diese Kunst war deswegen so schwierig zu erlernen, weil das Leben der Oberschicht in der Tat nicht um Arbeit herum organisiert war. Damals verhielt sich die Werteskala genau umgekehrt zu der unseren. Wer arbeitete, war sozial geächtet, stand ganz unten. Hannah Arendt hat einen sehr klugen Satz in ihrer Vita Activa geschrieben. Es ging darum, dass Arbeit nicht deshalb geächtet war, weil Sklaven sie verrichteten, sondern Sklaven verrichteten sie, weil sie geächtet war. Das ist ein sehr kluger Satz. Er zeigt genau die kulturell anderen Präferenzen der Ton angehenden Schichten, der Oberschichten nicht nur in der Antike an, sondern denken Sie an die Kultur prägenden Schichten der Renaissance, denken Sie an die höfischen Oberschichten. Die hätten doch darüber gelacht, wenn man ihnen gesagt hätte, im Zentrum ihres Lebens steht der Beruf. Was war denn der Beruf Louis XIV? Der war zu tanzen und höfische Feste zu organisieren und sich Mätressen zu halten. Das war sein Beruf. Und er hat sich vielleicht unendlich gelangweilt. Das große Thema dieser Zeit ist die Langeweile. Wie überwinde ich die

Langeweile, wenn ich nichts zu tun habe, wenn ich keine Aufgabe habe? Und in der Antike hat man den Bürgern mehr zugetraut als Zerstreuung. Da ging es in der Tat darum, man muss lernen ein Leben zu führen und zwar gerade deshalb, weil das nicht schon vorgegeben ist. Es gibt nicht schon das Gerüst. Es gibt nicht die Arbeit. Es gibt nicht die Stelle, nicht die Funktion. Ein Leben führen ist das Schwierigste, was ein Mensch überhaupt lernen kann. Und auf diese Frage steuern wir wieder zu und zwar in je höherem Maße, desto mehr Menschen aus dem Erwerbssystem entweder heraus fallen oder gar nicht erst hinein finden.

Mit anderen Worten: Wenn es nicht der Beruf ist, der das Leben organisiert, dann muss das Leben in irgendeiner Art zum Beruf werden. Das heißt, man muss es ernst nehmen, als Aufgabe empfinden und nicht als etwas, was man – das wäre doch das Allerschlimmste – herum bringt. Man fällt jetzt irgendwie heraus aus dem Erwerbssystem, ist, wenn es schlecht kommt, vielleicht erst Mitte dreißig oder vierzig hat eine Lebenserwartung, die aus nochmal vierzig Jahren besteht, und die einzige Idee, die ich habe, mein Gott, wie bringe ich jetzt die Zeit rum? Denn dieser Horror ist es, der im zweiten Teil meines Buches im Zentrum steht und für den wir noch keine Lösung hätten, wenn wir uns auf etwas verständigt hätten, auf das verständigt zu haben, wir wirklich weit entfernt sind. Das ist die eigentliche Utopie. Und die Zusammenfügung dieser beiden Bausteine einer Grundsicherung, einer Lebenssicherheit frei von überflüssigen materiellen Existenzen für Menschen ohne Arbeit und eine Fähigkeit, das Leben aber auch zu führen, damit was anzufangen, das ist der Witz der Argumentation. Und über all das, was dadurch weder geklärt noch überhaupt bisher thematisiert ist, können wir ja noch ein bisschen sprechen.

Robert Misik

Danke Wolfgang, danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Bevor ich Sie einlade, mit Wolfgang Engler in die Diskussion zu treten, möchte ich mit ein paar Fragen beginnen. Du hast diese beiden auseinander klaffenden Momente deines Resumées am Schluss gebracht, oder die beiden Utopien, die so unterschiedlich sind. Nämlich die eine des bedingungslosen Grundeinkommens, was ja eigentlich, wenn man es recht besieht, eine kleine Utopie ist, und andererseits die große Utopie, dass es nicht um ein materielles sondern ein kulturelles Problem geht und dass wir unser Verhältnis zum Leben ändern müssen. Dazu möchte ich zwei Fragen stellen. Das bedingungslose Grundeinkommen. Was ist denn eigentlich der Unterschied zur Sozialhilfe? Das bedingungslose Grundeinkommen wird zugegebenermaßen, wenn man es denn einführt, eine Spur höher sein. Man wird die armen Leute nicht auch noch schikanieren am Arbeitsamt. Darüber hinaus, was ist die Radikalität? Es muss von irgendwoher finanziert werden. Es wird nicht so wie die heutigen Sozialversicherungssysteme anteilmäßig durch Arbeit finanziert werden sondern durch Steuern, also durch Einkommen, die auch zum hohen Teil von jenen erbracht werden, die in Arbeit stehen. Vielleicht kann du die Radikalität, die mir nicht sofort einsichtig ist, noch heraus argumentieren.

Engler

Die Frage ist ja höchst berechtigt. Im deutschen Wahlkampf las ich jüngst Wahlplakate der FDP. Da stand dann drauf „Bürgergeld für alle“. Und das ist natürlich dann schon ärgerlich, wenn man darunter was anderes versteht. Wenn sich Liberale dieses Ausdrucks bemächtigen, dann gewinnt er sofort einen etwas anderen Zuschnitt. Man könnte Milton Friedman, den Vordenker der liberalen Ökonomie, zum Stammvater eines solchen Grundeinkommens erklären, der in den 1960er Jahren gesagt hat – so denkt etwa auch die liberale Partei in Deutschland darüber -, warum denn so ein Umstand, dass jetzt sechs, sieben, acht Ämter dafür zuständig sind, dass ein Mensch irgendwie über die Runden kommt. Der eine kriegt dann Kleidergeld, kriegt ein bisschen Wohnzuschuss und dann noch ein bisschen da und vielleicht hier noch was. Das fassen wir jetzt zusammen, das wird rationalisiert, da machen

wir eine Summe. Die setzen wir so an, dass sie zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Man kann gerade so davon leben, und da muss man eigentlich noch weiter Arbeit nachfragen. Denn das ist genau das Konzept, mit dem die liberale deutsche Partei, die FDP, dies Bürgergeld wieder auf Tapet gehoben hat.

Was das Bedingungslose am Grundeinkommen ist, habe ich gesagt. Es ist nicht an Arbeit gebunden. Das ist ein durchaus problematischer Gesichtspunkt, der lange Erörterungen und auch Streit vor sich hat und noch immer zu Erörterungen und Streit und Debatten führt. Wie umfangreich, das muss man jetzt schon diskutieren, müsste ein Bürgergeld sein? Was unterscheidet es von der Sozialhilfe auch im Betrag? Ich kann das für die deutschen Verhältnisse etwas genauer sagen. Seit einiger Zeit gibt es in Deutschland zwar noch immer Sozialhilfe, aber Sozialhilfe erhalten jetzt nur noch die – das ist eine alte Nomenklatur – nicht arbeitsfähigen Armen sozusagen. Eine Unterscheidung des 15., 16. Jahrhunderts zwischen arbeitsfähigen und nicht arbeitsfähigen Armen. An der kleben wir noch immer. Diese so genannte Handicapologie. Aber für die anderen gibt es Arbeitslosengeld II. Und dieses Arbeitslosengeld II fasst Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zusammen. Jetzt fällt man schneller unter diese Regelung. Früher war es bis zu 36 Monate. Wenn man aus der Arbeit raus fiel, konnte man dieses normale Arbeitslosengeld bekommen. Arbeitslosenhilfe bekam man sein ganzes Leben. Jetzt bekommt man das Arbeitslosengeld II. Das ist ein Betrag, der im Osten etwas geringer ist als im Westen, ein bisschen über 300 Euro. Davon gehen dann noch Kosten ab für Strom etc. Ich will Sie jetzt gar nicht langweilen. Es ist gar nicht schwer sich auszurechnen, was bleibt für einen Tag davon übrig zum Leben. Das fand ich dann doch interessant, eine amtliche Aufklärung dieses so genannten Bedarfs. Wenn man den auf einen Tag runter rechnet, dann kommt man auf ungefähr 2,80 EUR, 2,90 EUR zum Leben, zum Essen und Trinken. Klar kann man davon überleben, gar nicht der Punkt. Aber es ist auch klar, dass man damit Waren aus den untersten Regalen kauft. Es ist auch klar, dass man sich damit nicht besonders gesund ernähren kann. Es ist klar, dass man wahrscheinlich eher zu Kost neigt, die irgendwie den Magen füllt, und das wird auf den Zahnstatus keine so guten Auswirkungen haben. Wahrscheinlich wird man öfter krank, wahrscheinlich stirbt man früher. Der Kulturkonsum ist eingeschränkt, weil er zu viel kostet. Desgleichen die Mobilität, die auch mit etwa 80, 90 Cent pro Tag zu Buche schlägt. Wir hatten einen Senator in Berlin, der derweilen abgedankt hat. Bevor er abdankte, hat er noch gesagt, er sieht überhaupt gar keinen Grund für einen Arbeitslosen, sich durch die Stadt zu bewegen außer einem, nämlich zum Arbeitsamt zu fahren, um sich vorzustellen und zu fragen, ob es da Arbeit für ihn gibt. Verstehen Sie, das ist die Logik in dieser Art von Arbeits- oder Armutspolitik.

Bürgergeld – Grundeinkommen ist mir fast der unliebere Ausdruck im Vergleich zu Bürgergeld, obwohl es so verwechselbar ist auch im Vergleich zu anderen Nomenklaturen, weil die Betonung liegt am Bürger. Die Höhe des Geldes muss sicher stellen, dass der Mensch ohne Arbeit Bürger bleibt. Und er ist nicht schon dadurch Bürger, dass er nicht verhungert, sondern dass er noch irgendwie lebt, und er wird schon durchkommen, keine Sorge, dass man ihm noch eine Miete zahlt und ihm 40m² zum Wohnen lässt, sondern er ist Bürger dadurch, dass er weiter am sozialen und kulturellen Weg partizipiert. Und das muss drin sein. So jemand muss sich in seiner Stadt bewegen können. Er muss kulturelle Veranstaltungen besuchen können. Er muss Bildung annähernd zum Nulltarif kriegen können. Wovon sonst sollte er sie bezahlen, wenn er ihrer bedürftig ist. Das alles muss möglich sein. Der Mensch, der sozial und kulturell nicht mehr am Leben der Gemeinschaft Teil hat, ist in der Tat ein Bürger zweiter Klasse. Und genau das muss ein Grundeinkommen leisten. Diese Mindestsicherung, basic income. Das vielleicht mal zum ersten.

Misik

Insbesondere diejenigen, die nicht am Status Quo leben, würden sofort die Frage stellen, wer soll das bezahlen?

Engler

Klar gibt es Rechenmodelle. Es gibt sogar unendlich viele solcher Rechenmodelle. In Deutschland standen wir kurz davor, dass eine große Kommune das mal ausprobieren wollte im Sinne einer Fallstudie. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Bisher kann man nicht die Probe aufs Exempel führen. Man kann nur mehr oder weniger plausible Modelle anführen. Wer soll das bezahlen? Natürlich kann zunächst die Quelle keine wirklich ganz andere sein als im Fall von Sozialhilfe oder dem Arbeitslosengeld II, von dem ich gerade sprach. Freilich wird es aus Steuern bestritten werden müssen. Es wird auch diskutiert, sollten indirekte Steuern nicht stärker zum Tragen kommen als direkte, weil das dann wieder die Arbeit teurer macht. Wäre es nicht eher über die Mehrwertsteuer oder überhaupt über Verbrauchssteuern verschiedener Art, Luxussteuern etc. zu finanzieren als über direkte Steuern? Das ist eine sehr sinnvolle Diskussion, eine pragmatische, die ins Einzelne geht, aber notwendig ist. Aber es steckt noch was anderes dahinter. Der wirklich entscheidende Punkt ist nicht, sind das jetzt dreissig oder vierzig oder fünfzig Euro mehr. In Gesellschaften wie den unseren steckt noch was Ernsthafteres in der Frage, wer soll das bezahlen, drinnen. Wie kann das überhaupt in der gegenwärtigen Situation einer globalisierten Ökonomie begonnen werden? Das ist eigentlich die viel entscheidendere Frage. Denn eines ist ja relativ klar, ein Land, das sich dazu versteht, den Katalog sozialer Rechte zu erweitern, daraus auch Konsequenzen zieht, politische und fiskalische, würde sich natürlich verglichen mit den Nachbarn, die das nicht tun - und die werden nicht darauf warten, dass ein Land beginnt -, Nachteile einhandeln. Wir haben hier wirklich das Dilemma des Beginns. Wer beginnt international allein mit dieser Art Versuch, wird viele Spötter finden, die daraus Kapital zu schlagen versuchen. Deswegen wagt ja auch niemand, das als ein nationales Projekt zu entwickeln. Ich kann mir das realistisch überhaupt nur als ein Projekt im Verbund vieler Nationen, die dazu fähig sind, vorstellen. Also sagen wir mal als ein europäisches Projekt. Und natürlich ist eine der Voraussetzungen, dass man zu einem vereinheitlichten Steuerrecht z.B. kommt. So lange das nicht der Fall ist, ist es doch außerordentlich schwierig, einer Logik der Standortkonkurrenz entgegen zu wirken, die das Kapital dorthin abfließen lässt, wo der geringste Druck auf es ausgeübt wird. Bisher haben wir ein monetär geeintes Europa, teilweise auch fiskalisch mit den Kriterien, die bei Maastricht dran hängen. Aber das ist ja wenn überhaupt nur der Nukleus eines auch im sozialen Sinne zu einenden Europas. Und dazu gehören ganz elementare Fragen. Max Weber sagt, der Staat definiert sich über das Gewaltmonopol. Einer seiner berühmtesten Kritiker hat gesagt und über das Steuermonopol. In der Tat, was ist Europa ohne Steuermonopol? Was ist Europa ohne ein vereinheitlichtes Steuersystem, ohne ein annähernd vereinheitlichtes System von Abgaben, die dafür sorgen, dass, wo immer Investoren ansässig werden, sei es im entlegensten Teil Rumäniens oder Portugals oder Skandinaviens oder Deutschland oder Österreich, sie annähernd auf vergleichbare Bedingungen treffen, so dass es gar keinen Sinn macht, dieses Hase-und-Igel-Spiel mit den politischen Einheiten zu treiben. Also ohne dem ist das, glaube ich, wirklich Fantasie und nicht realistisch.

Misik

Diese Forderungen richten sich an die politischen Eliten. Das Bürgergeld kann man einführen. Du hast gerade gesagt, es ist schwierig, es national einzuführen. Etwas ganz anderes ist das, was du als letztes gemeint hast, nämlich das viel größere kulturelle Problem, dass wir durchdrungen sind von der Vorstellung, dass die Arbeit den Wert des Menschen ausmacht, dass die Arbeit das Leben strukturiert, dass wir nicht wissen, wie wir das Leben überhaupt

führen sollen ohne Arbeit. Wer ist da der Adressat? Die Schulen, irgendwelche kulturellen Eliten oder sonstige Vorbilder? Das wäre quasi der Reflex: schön gedacht, dauert hundert Jahre, auch nur dann wenn man jetzt damit beginnt. Das ist ja ein großes Problem.

Engler

Das ist ein großes Problem. Aber es macht einem dann doch, wenn man sich auf vergleichende Untersuchungen einlässt, wieder Mut, dass dieses große Problem – jetzt übertreiben wir nicht – in einem halben Menschenalter zu lösen ist oder seiner Lösung doch sehr viel näher gebracht werden kann. Warum und wie? Deutschland ist momentan nicht gerade prädestiniert zur Lösung des Problems. Deutschland ist ein Land mit einer sehr hohen sozialen Vererbungsrate. Das heißt, der Anteil des Mittelalters an der Moderne ist in Deutschland erschreckend hoch, annähernd hoch wie in den Vereinigten Staaten, und dies obwohl das Bildungssystem vergleichsweise kostenarm oder kostenfrei in Deutschland ist. Aber meine Chance in Deutschland, ziemlich genau das zu werden, was meine Eltern schon waren und zwar sowohl was den Bildungsstand angeht als auch was die Einkommen angeht, ist so erstaunlich hoch, dass es professionelle Analysten dieses Systems schon vor PISA, aber neuerlich durch die PISA Vergleichsstudien doch ins Erschrecken getrieben hat. Das hätte man nicht vermuten sollen. Man hat das noch näher untersucht und auch Länder mit einbezogen, bei denen die soziale Vererbungsrate sehr viel geringer ist, und hat heraus gefunden, dass die schulischen Institutionen, denen natürlich eine große Bedeutung bei der Einstudierung eines solchen neuen kulturellen Modells Leben ohne Arbeit zukommt, dass es auch noch gelingt und Spaß macht und abwechslungsreich ist, dabei zwar eine große Rolle spielen, dass sie aber an der Lösung eines Problems scheitern, nämlich in der Schule in die erste Klasse vom Elternhaus mit gebrachten Unterschiede aufzuheben. Vielmehr neigen die schulischen Institutionen dazu, wenn diese Unterschiede schon sehr schroff sind, die man an die Schule heran trägt, diese Unterschiede zu reproduzieren und die durch ihre Elternhäuser bereits sozial markierten Kinder noch weiter vorsortiert an die jeweils nächsten Instanzen des Bildungssystems weiter zu geben. Das heißt, das entscheidende Alter zur Überwindung sozialer Vererbung ist die Zeit vor der Schule, also die Zeit von der Geburt bis zum Eintritt in die Schule. Das sind Untersuchungen, die ich in meinem Buch deshalb auch ziemlich ausführlich wiedergebe. Man hat weiter geforscht und hat jene drei Länder ermittelt, in denen es gar keine soziale Vererbung mehr gibt. Das sind alle drei skandinavische Länder, in denen es keine soziale Vererbung mehr gibt, in denen der Sekundarschulerfolg und dann auch der berufliche Erfolg der jeweils Heranwachsenden in gar keinem überprüfbar Verhältnis mehr zum Bildungs- und ökonomischen Status des Elternhauses steht. Das, was ich dort werde, hängt an mir, vielleicht auch ein bisschen am Glück meiner Ausstattung dessen, was mir die Natur mit gegeben hat oder meine Eltern als meine Erzeuger. Das, finde ich, ist das Paradies auf Erden, dass wir alle das werden können, was in uns steckt, was uns mit gegeben ist, und nicht das werden müssen, was zu werden uns vorgegeben ist durch das Lageschicksal unserer Eltern oder durch die Familiengeschichte, die wir schon im Rücken haben. Das ist der entscheidende Punkt.

Wenn man sich überlegt, wie sehr anders das noch war in den 1950er Jahren, 1960er Jahren in den skandinavischen Ländern und sich dann die enormen Anstrengungen vergegenwärtigt – etwa Finnland, das ein krisengeschütteltes Land noch in den späten 1980er Jahren war, dass Finnland 50% Arbeitslosigkeit hatte, weil es in hohem Maße am Markt der Sowjetunion hing. Als die Sowjetunion zusammenbrach, brach da auch die Krise noch einmal verschärft aus. Wenn Sie Kaurismäki-Filme sehen, dann sind die bis zum Ende der 1980er, bis zum Beginn der 1990er Jahren vollkommen glaubwürdig trotz ihrer abgerundeten Ästhetik. Jetzt sind die ja schon Spiele mit etwas vergangenem. Dann hat man begonnen, den Betrag, der der Bildung und zwar auch der Vorschulausbildung und –betreuung gewidmet ist, beständig zu erhöhen.

Man hat es in der Tat geschafft, sich fast auf das Niveau der Nachbarländer von Dänemark und Schweden zu begeben. Das finde ich außerordentlich ermutigend. Vielleicht ist es für kleinere Nationen auch so enorm wichtig, dass man denkt, wir sind so wenige, wir können keinen verschenken. Jeder ist uns wichtig. Wir können uns überhaupt kein sozial gesplittetes System leisten. Wir können uns nicht erlauben, dass wir Begabungen gleich fallen lassen, aussortieren, die Besten unter sich weiter entwickeln lassen. Dass ein jeder Finne, ein jeder Däne, ein jeder Schwede, ein jeder Norweger so wichtig ist, dass es die ganze Nation zu einer kollektiven Aufgabe gemacht hat. Das ist vielleicht als in Deutschland bei 83 Millionen anders. Da kann man denken, wenn nun fünfzig, sechzig Millionen ganz gut dabei wegkommen und von den anderen vielleicht auch noch ein paar, ist das gut. Aber das ist eine Aufgabe, die lösbar ist.

Ich folge da immer dem wundervollen Satz einem meiner Lehrer, Norbert Elias, den ich noch kennen lernen konnte 1987 in Amsterdam, der einmal gesagt hat: „Die Geschichte entspricht in der Regel nicht den menschlichen Wünschen. Aber es liegt im Bereich der menschlichen Kraft, sie diesen Wünschen entsprechender zu machen.“ Und dafür gibt es dann doch immer wieder ermutigende Beispiele. Klar, das ist von heute aus eine Utopie und ist es besonders in den rückständigen Ländern. Deutschland gehört diesbezüglich zu den absolut rückständigen Ländern im Konzert vergleichbarer Staaten. Wenn man daraus ein kulturelles Projekt macht, ein nationales Projekt, das ja keinen kränkt, sollte es möglich sein. Es muss niemand Angst vor Deutschland haben. Deutschland sagt, politisch und kulturell erklärt, wir wollen nun mal wieder das werden, was wir waren. Die Deutschen mit dem besten Bildungssystem der Welt. Man hat sich das ganze 19. Jahrhundert abgearbeitet von Institutionen, die Deutschland entwickelt hat, oder an Regelungen, die es eingeführt hat – allgemeine Schulpflicht, Gymnasium, Fachschulen, Universitäten. Man kann eigentlich aber auch verspielen. Wie die hohe Rate sozialer Vererbung zeigt, ist sein Erbe verspielt worden.

Misik

Danke für die erste Runde, die wir am Podium hatten. Jetzt gebe ich ins Publikum.

Frage

Sybille Summer. Ich erachte die Diskussion der bedingungslosen Grundsicherung als eine sehr wichtige, die schon lange geführt wird. Es ist tatsächlich so, dass es im Prinzip jetzt nicht so etwas Revolutionäres ist. In ausgebauten Sozialstaaten bedarf es nur einer noch weiteren Absicherung nach unten. In Österreich 1998 wurde sogar im Sozialministerium auf Grund des gesellschaftlichen Diskurses darüber diskutiert, in Alternativbewegungen, sogar karitative Organisationen haben darüber diskutiert, die Armutskonferenz hat darüber diskutiert. Es wurden tatsächlich ökonomische Modelle gerechnet. Was kostet das? Natürlich ist das eine Frage der Finanzierung. Und da hat damals das Sozialministerium – Hans Steiner war das - auch ein Modell für Österreich gerechnet, eine Absicherung nach unten. Es gibt so etwa z.B. schon in der Alterssicherung, den Ausgleichszulagenrichtsatz, der nach unten hin absichert. Das müsste natürlich noch ein Stück weit ausgebaut werden eben für die verschiedenen Lebensphasen. Es ist tatsächlich so, dass wir eine bundeseinheitliche soziale Sicherung brauchen, die allerdings, wenn sie eine emanzipatorische Grundsicherung ist, nicht an Bedingungen geknüpft ist. Natürlich müssen die Einkünfte aus der Erwerbsarbeit abgezogen werden. Es gibt auch schon weitgehend so etwas wie negative Einkommen durch Transferleistungen. Es wäre nur noch ein Stück mehr zu machen an Absicherung nach unten. Ich habe die Zahl jetzt nicht mehr im Kopf, was das kosten würde. Und zwar wurde das damals gerechnet auf Basis dessen, was man als Armutsgrenze bezeichnet, das sind 680 Euro im Monat, jetzt kann man natürlich sagen, das sollte höher sein, 800 Euro. Das waren jedenfalls nicht ein ungewöhnlich hoher Wert. Man war der Meinung, diese bedarfsorientierte

Grundsicherung sei auch finanzierbar. Sie ist finanzierbar in ausgebauten Sozialstaaten, wo der Sozialstaat nicht weiter abgebaut wird. Das ist ja das Problem, dass wir seit dem Diskurs der Mitte der 1990er Jahre mit einem permanenten Abbau von Sicherungssystemen konfrontiert sind. Ich möchte jetzt gar nicht groß Formen von zusätzlichen Finanzierungsebenen aufzählen. Wir wissen, dass die Bemessungsgrundlagen sich ständig reduzieren. Tobin Tax, immerhin von einem Nobelpreisträger. Auch das wird jetzt wieder gerechnet. Auch das würde Einkünfte bringen. Also es ist machbar, es ist finanzierbar. Was ich interessant fand an Ihren Ausführungen, war die kulturelle Perspektive, die gesellschaftspolitische Perspektive, dass wir in einer Gesellschaft aufgewachsen sind, wo schon in der Schule vorbereitet wird auf ein Erwerbsarbeitsleben und nicht auf die Kultur des nicht Arbeitens, die Kultur des Lebens oder das Recht auf Faulheit, genussvolles, gutes Leben. Das fand ich interessant, weniger die Finanzierbarkeit, sondern die kulturelle Frage.

Frage

Ich komme auch zu der Ansicht, es funktioniert einiges nicht. Aber die Frage nach der Finanzierbarkeit ist z.B. eine Frage, wo man bereits in die Falle gegangen ist. Wenn man sich nur einmal das Geldsystem anschaut, wie das aufgebaut ist, dann sieht man, dass Geld nur über Kredite in die Wirtschaft kommt. Und das heißt, ich muss versprechen, mehr Geld zurück zu geben, als ich bekommen habe. Wenn man nur ein bisschen Mengenlehre versteht, dann weiß man, das kann sich nicht ausgehen. Und wir tun so, wie wenn es sich ausgeht. Und dann wundern wir uns, dass es sich nicht ausgeht. Das ist das erste, was ich zur Finanzierbarkeit sagen wollte. Wir sind als Menschen aufgespannt zwischen zwei Reichen, nämlich dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit. Platon hat dazu gesagt, einem gebildeten Menschen kann nicht langweilig werden. Wenn Ludwig XIV langweilig war, und er hat zur führenden Schicht gehört, dann war er halt laut Platon eher ein ungebildeter Mensch. Das kann vielleicht irgendwo mit den ganzen Führungsschichten, die heute so agieren, eine gewisse Parallelität haben.

Ich denke, einerseits versuchen wir Zufriedenheit zu erreichen. Nur wir leisten uns ein System im Moment, das alles verträgt nur nicht Zufriedenheit. Und wenn man zufrieden ist, dann bremst das dummerweise das Wachstum ein. Und dann haben wir die ganzen Probleme, die wir jetzt haben. Die Sucht nach der Arbeit ist meiner Meinung nach eine typische Geschichte, wo man den Kindern sagt, sei nicht lästig, beschäftige dich. Nimmt man den Eltern die Arbeit weg, dann haben sie auf einmal ein massives Problem. Wir verlangen von den Kindern genau das, was wir als Erwachsene selber nicht zu leisten im Stande sind.

Frage

Ich möchte auf den kulturellen Aspekt zurück kommen. Wir sollen nicht so tun, als ob der neu ist. Im Prinzip ist es ja so, dass spätestens bei Pensionsantritt eigentlich jeder vor dem Problem steht, wie verbringe ich die Zeit, wie organisiere ich den Tag, wofür interessiere ich mich usw. Dann würde mich interessieren gerade für diesen kulturellen Aspekt, ob da nicht auch ein Genderaspekt dabei ist. Ich glaube, Untersuchungen von Arbeitslosen zu kennen, wo die Arbeitslosigkeit selber für Männer ein wesentlich größeres Problem ist als für Frauen, wobei das dann sicher nicht am finanziellen Aspekt hängen kann, weil ja im Normalfall ein männlicher Arbeitsloser mehr Geld bekommt als ein weiblicher.

Frage

Vielen Dank für Ihre anregenden Gedanken. Ich habe eine Sache nicht verstanden. Sie sprechen von besserer und schlechterer Arbeit. Die schlechtere Arbeit soll überflüssig werden durch Absicherung durch Grundeinkommen und man soll dann dadurch Muße bekommen, bessere Arbeit aufzugreifen. Was ich nicht verstanden habe, wer macht die schlechtere Arbeit weiter, z.B. Pflegeberufe, die in Zukunft auch mehr werden, weil wir älter werden. Wer sind

die Müllleute? Wer sorgt dafür, dass eine Kontinuität gewährleistet ist in unterbezahlten Dienstleistungen? Vielleicht ein altmodischer Gedanke meinerseits noch, das soziale Bindepotenzial von Arbeit, der soziale Kitt. Die Möglichkeit, nicht im eigenen Saft zu schwimmen mit Freunden, Bekannten, kulturell Gleichgesinnten sondern durch die Arbeit auf der Dienststelle, wo verschiedene Klassen aufeinander treffen, der Chefarzt, die Krankenschwester, und sich täglich mit der Gesamtgesellschaft auseinandersetzen können, ein zutiefst demokratisches Element meiner Meinung nach. Wenn das Modell, das Sie vorschlagen, greifen sollte, besteht dann nicht die Gefahr, dass wir anfangen, durch selbst gewählte Lebensentwürfe in unseren Kreisen zu bleiben? Als vielleicht schlimmstes Beispiel, das mir einfällt, die Wohnkommune, die den Anschluss an den Rest der Gesellschaft verliert.

Frage

Was Sie heute vorgetragen haben, ist irgendwie bekannt und ich habe es ja erlebt. In den 1930er Jahren haben wir gewusst, welches Elend durch Arbeitslosigkeit produziert worden ist. Dann kam der Krieg. Dann haben die Ärmsten der Ärmsten ein bisschen atmen können. Dann war der Krieg Gott sei Dank zu Ende und wir haben dann in 1945, 1946 begonnen, unser Land wieder aufzubauen. Wie haben wir unser Land aufgebaut? Es war nichts da. Wir haben erst einen Marshall-Plan gebraucht und uns so weit heraus gearbeitet, wie wir eben sind. Aber in den letzten Jahren gehen wir wieder genau ins Gegenteil. Wir bauen wieder ab. Die Armut wird immer stärker nicht nur bei uns in Österreich sondern überall. Und das Problem, wie verringert man die Arbeit, wie kann man die Menschen beschäftigen und mit was kann man die Menschen beschäftigen, war nie ein Thema. Hier wollen wir einmal erfahren, wie wir unsere Zukunft diskutieren können und unseren Jungen sagen, das ist unser Weg.

Frage

Eva Pfisterer. Ich finde auch den kulturellen Aspekt eigentlich am spannendsten. Das läuft also auf eine Umwertung der Werte hinaus, so weit so gut. Aber selbst wenn man es schafft, wie im alten Griechenland diejenigen zu achten, die gezwungen sind, für ihr tägliches Leben zu arbeiten, wie schafft man diese Form der gesellschaftlichen Anerkennung, nach der ja viele streben? Zugegebenermaßen hat der Großteil der Gesellschaft heute nicht diese gute Arbeit, wo sie gesellschaftliche Anerkennung bekommen. Ich will jetzt nicht unbedingt den Mistkübelräumer nennen, aber jegliche Art von Fließbandarbeit. Trotzdem ist halt der Traum vieler, dass es diesen Mehrwert in der gesellschaftlichen Anerkennung gibt. Es kann ja nicht jeder wie Sie einen Bestseller schreiben oder es gibt nicht so viele gute Pianisten oder jemand, der sich besonders auszeichnet. Es geht ja immer um diese Aufmerksamkeit.

Frage

Ich würde gerne einen volkswirtschaftlichen Aspekt in die Diskussion einbringen. Es gibt in jeder Volkswirtschaft den vom Umfang her bedeutenden Sektor der nicht bezahlten Arbeit wie z.B. die Erziehung der Kinder oder die Pflege erkrankter Angehöriger. Sind die Menschen, die diese Arbeit verrichten, wenn sie nebenbei keiner Erwerbsarbeit nachgehen, potenzielle Empfängerinnen und Empfänger von Bürgergeld? Oder soll diese Art der Tätigkeit in den Status der Erwerbsarbeit gehoben werden? Wenn ja, nimmt man dann nicht Empfängerinnen und Empfängern von Bürgergeld eine Möglichkeit, ihrem Leben oder sich selbst eine Identität zu geben, ohne Erwerbsarbeit nachzugehen?

Engler

Es sind nicht nur Aspekte einer Grundproblematik. Wenn wir die Frage stellen, ob der richtige Weg nicht viel mehr der wäre, diese Tätigkeiten zu Arbeiten zu machen, also moralisch aufzuwerten und annähernd analog zu richtiger Arbeit auch zu entlohnen.

Familienarbeit, Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, was weiß ich, was einem da noch so einfällt, ist ja gar nicht so wenig. Die Sache ist kontrovers. Mein eigener Standpunkt dazu ist, dass ich glaube, es ist genau der falsche Weg. Das ist eine Lösung, die selber noch im Bann der Arbeitsreligion steht. Das heißt, dass alles und jedes, damit es irgendwie den Menschen befriedigt und gesellschaftlich geschätzt wird, Arbeit genannt werden muss. Es ist enorm schwer zu sagen, wo hört es denn auf. Ist nicht das Spiel auch eine Form der Arbeit oder vielleicht Sex eine Form der Arbeit, weil es die Gattung reproduziert? Was ist dann nicht Arbeit? Wo ist die Grenze definitiv zur Nichtarbeit? Das ist ein Definitionsgesichtspunkt.

Aber das Entscheidende ist eher die umgekehrte Idee. Lasst uns Menschen, die vom Erwerbssystem ausgeschlossen werden, nicht richtig rein finden oder zu früh wieder aussortiert werden, eine menschliches Existenz geben auf der Grundlage eines Grundeinkommens. Lasst uns dafür sorgen, dass sie aktive Bürger sein können. Dann werden sie nicht automatisch sondern unter Anleitung und auch durch Lernprozesse vielleicht doch aus sich heraus das Bedürfnis empfinden, spüren, auch die Fähigkeiten in sich wahrnehmen, Dinge zu tun und auch gerne oder weniger gerne zu tun, ohne dass man sie Arbeit nennen muss und dass man sie zu Arbeitern ernannt. Scheinbar sind es Nuancen. Natürlich könnte man sagen, erklären wir den oder die, die den Haushalt führt, zum Arbeiter und geben wir ihm ein Durchschnittsgehalt der unteren Lohngruppen. Das kann sogar der selbe Betrag sein, der beim Grundeinkommen heraus käme. Aber mir liegt sehr viel daran, die Arbeitsreligion zu brechen, nicht sie zu verallgemeinern. Also eher die Freiheit zu betonen und auch den Unterschied nicht zu verwischen zwischen der Großzügigkeit, dem Altruistischen, dem was von selbst geschieht, deren Hinwendung zum Nächsten und zum Nachbarn aus Sympathie und nicht, weil es eine Arbeit für mich ist. Wie gesagt, das ist weniger ein finanzieller Aspekt, der dabei eine Rolle spielt. Im anderen Fall soll man ein Leben führen, man soll es nicht ununterbrochen rechtfertigen müssen. Aber mir liegt in der Tat sehr viel daran, dass das, was den Menschen ja auch zum Menschen macht, seine Freizügigkeit, seine Großzügigkeit, seine Herzlichkeit, seine Liebe, seine Fähigkeit sich zuzuwenden, sein Nachbarschaftsgeist nicht nur dadurch zu gesellschaftlichen Ehren gelangt, wenn ich sagen kann, ich bin auch ein Arbeiter wie der am Fließband, genau so ein Typ bin ich auch, genau so wertvoll. Sondern dass eine andere Art der sozialen Wertschätzung um sich greift, die die Nichtarbeit und auch das ausgeschlossen Sein von Arbeit nicht mehr so an die Wand stellt.

Mit der gesellschaftlichen Anerkennung ohne Arbeit. Das Problem wird dadurch schwieriger, dass Menschen heute an ihre Arbeit viel höhere Anforderungen stellen als früher. Das ist ein unglücklicher Prozess. Die Verknappung der guten Arbeit, das knapp werden der bürgerlichen Form der Lohnarbeit geht einher mit Ansprüchen von Menschen an ihr Leben – und in im Leben soll ja, wenn man heran wächst auch die Arbeit, der Beruf eine Rolle spielen -, die sehr viel größer geworden sind als früher. Man trifft heute in Untersuchungen sehr viel häufiger auf Stellungnahmen so genannter einfacher Arbeitender, die sagen, ich wünsche mir etwas, was mich befriedigt in der Arbeit; ich möchte eine Arbeit, in der ich mich ausdrücken kann, in der ich etwas von mir zeigen kann, was ich bin; ich möchte nicht diese traditionelle Trennung, hier ist mein Leben und da ist die Arbeit oder da ist der Beruf. Menschen wünschen heute in höherem Maße als früher, dass sie in der Arbeit etwas von sich und für sich Wichtiges anderen zeigen können. Charles Taylor, ein kanadischer Philosoph, hat gesagt, das Bedürfnis authentisch zu sein hat auf die Arbeitswelt übergegriffen. Und ich glaube, er hat etwas Richtiges gesagt, allerdings auch etwas gesagt, was in vielen Fällen nicht wirklich zu befriedigen ist. Das funktionistische Verständnis von Arbeit – da bin ich, da mache ich etwas, da habe ich Kollegen, das ist angenehm, da habe ich Geld, dann habe ich auch Freizeit – wird Stück für Stück zurück gedrängt durch Ideale, die an eine Arbeit heran getragen werden, die im selben Augenblick im Begriff ist sich zurück zu ziehen. Die Chance, dass Menschen heute

mit solchen Erwartungen unglücklicher werden, als sie es früher mit geringeren Erwartungen an ihr Leben, an die Arbeitswelt waren, ist bedauerlicherweise groß.

Es gibt genau zwei Varianten eines Grundeinkommens. In der ersten Variante ist das Grundeinkommen ein Mindesteinkommen, und es folgt die Devise, Arbeit muss sich lohnen. Das heißt, es ist deutlich geringer als der Mindestlohn einer Gesellschaft oder als die Durchschnittslöhne der unteren Lohngruppen. Und in der zweiten Variante ist der Abstand entweder geringer, oder das Grundeinkommen ist genau auf der Ebene des Mindestlohns konzipiert. Und dann stellen sich genau jene Fragen, die sich stellen. Wer verrichtet dann diese Arbeit noch, wenn es auch ohne geht? Was passiert, wenn das selbe Einkommen, das ich in unteren Lohngruppen habe, mir als Grundeinkommen garantiert wird und ich muss dafür nichts mehr tun? Ein bekannter deutscher Soziologe, hat in dem Zusammenhang vom Grundeinkommen als einer Ausstiegsprämie gesprochen. Das klingt natürlich misslich oder setzt einen doch erheblich unter Begründungsdruck. Wer ist dann noch Müllmann? Wer macht unangenehme Arbeiten, vielleicht auch gesundheitsgefährdende Arbeiten, Arbeiten, die eintönig sind, die den Nerv abtöten etc? Man muss etwas weiter denken. Man muss in längeren zeitlichen Fristen denken, um hierbei klarer zu sehen.

Ich versuche in meinem Buch darzutun, dass ein wirklich auskömmliches Grundeinkommen entweder in der Nähe oder sogar auf dem Niveau der unteren Durchschnittslöhne letztlich den Arbeitseifer in diesen Berufsgruppen, den schlecht bezahlten, wenig attraktiven Berufen, langfristig und schon mittelfristig eher befeuert, als dass es ihn lähmt. Und zwar aus folgendem Grund: Wenn es wirklich so ist, dass das Bürgergeld eine Höhe hat, dass ich Lust habe auszusteigen, von Arbeit ins Grundeinkommen, dann kann man den Rest schlicht und einfach dem Markt überantworten. Dann sollten wir wirklich auch marktradikal sein oder wenigstens marktfreundlich. Wir müssen dann die Logik des Marktes für sich arbeiten lassen. Was heißt das? Steigen viele nur in einer bestimmten Profession aus, dann verknappt sich das Arbeitsangebot. Dann verbessert sich die Verhandlungsposition derer, die drinnen sind. Dann werden die Löhne dementsprechend entweder eine Tendenz zur Konsolidierung wenn nicht sogar, wenn die Verknappung besonders spürbar ist, zum Steigen zeigen. Dann würden die Lohnverhandlungen entsprechend ausgehen und es wird eine ganz günstige Lohnbeschäftigungssituation in diesen Professionen eintreten. Das heißt, ein auskömmliches Grundeinkommen ist schon mittelfristig ganz im Einklang mit den Bedürfnissen derer, die schlecht bezahlte oder auch anstrengende Arbeiten wahrnehmen, sehr viel mehr als ein sehr gering bemessenes Grundeinkommen, was nämlich dazu führt, dass wir ein Mindesteinkommen, eine Stütze haben und sagen, so, jetzt dränge ich auf den Arbeitsmarkt. Jetzt konkurriere ich mit denen, die schon schlecht bezahlte Jobs haben. Jetzt bin ich auch noch einer der hinzu kommt. Jetzt fallen die Löhne. Jetzt verschlechtert sich die Arbeitsposition. Jetzt gibt es ein Überangebot an Arbeitswilligen. Das heißt, das, was auf den ersten Blick mit einer tollen Lösung abgetan zu sein scheint – Arbeit muss sich lohnen, deswegen muss das Grundeinkommen möglichst darunter liegen und zwar möglichst deutlich -, zeigt sich bei etwas gründlicherer Betrachtung, die in Reproduktionszyklen denkt, als ein ideologisches Argument. Und das was scheinbar eine Ausstiegsprämie ist oder dazu führt, dass wir alle nicht mehr arbeiten und nach Hause gehen, führt plötzlich dazu, dass diese Arbeiten wieder attraktiv werden, statt dass sie an Attraktivität einbüßen.

Der Genderaspekt. Wahrscheinlich gibt es den. Ich kenne keine neueren Untersuchungen. Aber die berühmteste Untersuchung zur Langzeitarbeitslosigkeit – und das muss ja zu Ehren Österreichs mal gesagt werden -, die Arbeitslosen von Mariental, auf dem Höhepunkt von 1932 in diesem österreichischen Industriedorf durchgeführt, wahrscheinlich hat sich gar nicht fundamental was geändert. Es wurde damals schon überzeugend dar getan, dass das Unglück,

nämlich das subjektiv empfundene Unglück von Männer erheblich größer war als das von Frauen. Es hing auch mit der damals noch stärkeren Ungleichverteilung der Geschlechterrollen zusammen. Die Frau hat die Tatsache, dass sie aus der Arbeit heraus fiel, nicht so furchtbar gemerkt, weil sie viel zu tun hatten nach wie vor, wohingegen die Männer mit trüben Gesichtern vor den Häusern standen und nicht mehr wussten, wozu sie eigentlich auf der Welt sind. Wahrscheinlich hat sich da etwas, aber nicht alles, geändert.

Frage

Eine kurze Feststellung. Mir scheint, dass die Theorie, dass das Grundeinkommen nahe den Mindestlöhnen liegen sollte, einen wichtigen Aspekt außer Acht lässt. Sie haben zu Recht genannt, das kann man möglicherweise nur im europäischen Kontext lösen. Ich fürchte, ohne dass ich jetzt hier ein Abgrenzer wäre, vielmehr, dass die Marokkaner Europa noch viel mehr stürmen werden. Wir sehen ja jetzt schon, wie an den Außengrenzen der EU die Armen dieser Welt versuchen hier in irgendeiner Form einzudringen. Also ich glaube, dieses Problem ist nicht zu lösen, indem nur das System betrachtet. Da müsste man die Welt betrachten. Auf welchem politischem Wege sehen Sie die größten Chancen, ihre Vorschläge zu realisieren, die grundvernünftig sind, die man sicher eigentlich morgen schon realisieren müsste? Wie sehen Sie die Chancen und auf welchen Wege sollte das passieren?

Frage

Ich habe irgendwie das Gefühl, dass man Arbeit und Freizeit braucht, weil wenn man nicht weiß, was Arbeit ist, kann man sich auch nicht entsprechend freuen, wenn man nicht arbeiten muss. Es wäre vielleicht ein möglicher Ansatz zu sagen, alle Leute bekommen ein gewisses Maß an Geld, was in etwa der Hälfte eines halbwegs akzeptablen Einkommens entspricht, und im Anschluss daran teilen sie sich die vorhandene Arbeit auf. Es kann ja einmal einer ein Monat arbeiten und dann ein Monat frei machen und sich über diese freie Zeit freuen, wenn sich das ausgeht mit dem Geld, statt dass er überhaupt nichts mehr macht, weil er es einfach nicht mehr nötig hat, und eigentlich dazu verdammt ist, weil es ist ein Trottel einer, der jetzt ein Geld kriegt und dann soll er arbeiten gehen. Und zu denken, dass man jetzt eine Preistreiberei haben würde, ist utopisch, weil es gibt überall Menschen in anderen Ländern, die importiert werden und das dann halt machen. Und das haben wir ja schon getan mit einem Erfolg oder mit einer Konsequenz, mit der viele Leute nicht besonders glücklich damit sind.

Frage

Ich nehme Ihre Statements einmal als Grundvoraussetzung dafür, dass wir uns von der Idee der Vollbeschäftigung verabschieden müssen, dass in diesen automatisierten Produktionsprozessen Vollbeschäftigung nicht mehr wahrscheinlich ist. Aber sind die Antworten, die Sie geben, die einzig möglichen? Gibt es nicht auch die Möglichkeit, sowohl die Epochen- oder Monatsarbeitszeit oder die Jahresarbeitszeit ganz empfindlich zu reduzieren, damit rein vom rechnerischen her jede Person, die im Staatsgebilde lebt oder innerhalb der Volkswirtschaft lebt, eine Arbeit hat? Es ist ja auch interessant, welche Indikatoren immer für das Wirtschaftsleben angeführt werden. Das ist das Bruttoinlandsprodukt, das ist die Wachstumsrate und all diese Sachen. Aber wie viele Mannarbeitsjahre oder Personenarbeitsjahre vorhanden sind im Verhältnis zur Bevölkerung ist selten ein Indikator, der genannt wird. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch eine wichtige Überlegung wäre, die Arbeitszeiten anzupassen an das vorhandene Angebot. Wenn wir jetzt die Idee des BürgerInnengeldes oder der Grundsicherung annehmen, kommen wir da nicht auf die Frage der vorletzten Wortmeldung zurück, dass das dann eben etwas ist, was wiederum eine Segregation bedeutet, nämlich die Anspruchsberechtigten nur InländerInnen wären. Müsste man nicht bei so einer Idee des BürgerInnengeldes unabhängig von der Herkunft alle Personen in diesem Modell gleichberechtigten – wenn Sie sagen, es ist ein

bedingungsloses BürgerInnengeld -, die im Territorium leben? Also nicht das Herkunftsprinzip sondern das Wohnortsprinzip. Gibt es dann nicht weitere Probleme in der Richtung?

Frage

Sie haben einige Beispiele aus vergangenen Gesellschaften gebracht. Haben Sie vielleicht auch Beispiele aus gegenwärtigen Gesellschaften, wo der kulturelle Aspekt schon zumindestens in Ansätzen gelöst ist?

Frage

Ich sehe das an sich weniger philosophisch sondern eigentlich ganz natürlich. Ich habe die Zeit erlebt, wo jemand gekommen ist, der erklärt hat Arbeit und Brot. Österreich hat 600.000 Arbeitslose gehabt und 3.000 Ausgesteuerte. Dieser Mann wollte das tausendjährige Reich gründen. Arbeit war da, Brot war da. Ich war in der Kriegsindustrie. Ich höre die Worte willkommen im freien Markt. Wo ist der freie Markt? Und seine Unternehmer verlagern ihre Betriebe an Betriebsstätten, wo die Billigstlöhne sind. Da wollen wir die Arbeitsplätze hier haben, wenn die eigenen Unternehmen ins Ausland gehen. China exportiert jetzt 8 Millionen Stück Textilien. Wir können uns nicht dagegen wehren. Wir müssten uns, um jetzt Arbeitsplätze endlich einmal für uns zu haben, schützen gegen den so genannten willkommenen freien Markt. Wir führen einen Zoll ein. Dann werden sich die österreichischen Unternehmen überlegen, ob sie nach Rumänien, Bulgarien gehen, wo sie billig erzeugen, um die eigenen Arbeitsplätze der eigenen Landsleute zu vernichten. So könnten wir uns retten. Aber das wird sicherlich noch ein weiter Weg werden.

Frage

Kennen Sie die Thesen von Fritjof Bergmann neue Arbeit, neue Kultur? Und wenn ja, was halten Sie davon?

Engler

Abschließend so kurz ich es kann. Es gibt weiter greifende Vorstellungen dieses Grundeinkommens. Die einen begreifen das Grundeinkommen als Bürgerrecht und in der erweiterten Fassung, das dann wirklich eine radikale soziale Utopie wäre, als Menschenrecht. Das heißt an keine weitere Bedingungen gebunden als an die, dass ich in diese Welt hinein geboren bin, wofür ich ohnehin nichts kann, und damit eine Sorgfaltspflicht derer, die in der Welt schon sind, mir gegenüber eintritt. Die überhaupt mir nur momentan realistisch erscheinende Variante ist die einer Dekretierung eines solchen Grundeinkommens als eines Bürgerrechts natürlich in einem über die einzelnen Nationen hinaus reichenden Rahmen. Aber es schwingt der andere Gedanke in meinem Buch mit. Eigentlich ist es das Recht eines jeden Menschen. Es wird ihm einstweilen nicht zukommen.

Mit Arbeit und Leben. Na klar ist das eine Illusion. Man kennt das doch von der New Economy und den vielen Berichten darüber. Ich unterscheide nicht mehr zwischen Arbeit und Leben. Und dann steht die Frage, lebst du noch oder arbeitest du schon, oder umgekehrt. Klar lag darin eine Selbsttäuschung. Aber den neuen Berufen ist ein solcher Sog eigen, dass man diese alten Unterscheidungen nicht mehr wirklich macht oder glaubt, sie nicht machen zu müssen, dass ich mein Leben als Arbeit begreife und umgekehrt und dass ich von mir aus die Grenzen aufhebe und über neun, zehn, zwölf Stunden arbeite und, wenn ich wach bin, gleich wieder Gedanken fasse, die mit der Arbeit zusammenhängen. Aber natürlich steckt darin ein Gutteil Selbsttäuschung auch gerade der intellektuellen und akademischen Berufe.

Was die Aufteilung oder Umverteilung von Arbeit geht, das ist ja ein wirklich sehr komplexes Thema. Beides ist nicht identisch. Also job sharing ist nicht das selbe wie Umverteilung von Arbeit. Aber wir wissen, dass eines der größten Erfolgsmodelle der Moderne, nämlich das gewerkschaftlich sozialdemokratische doch Erstaunliches geleistet hat. Von vierzehn Stunden täglicher Arbeit eine Reduktion des gesetzlich normierten Arbeitstages über zwölf Stunden, zehn Stunden, acht Stunden. Mitte der 1980er Jahre diskutierte man zumindest in Deutschland sieben Stunden. Frankreich hat es vor drei Jahren gesetzlich zu regulieren versucht. Derweilen wurde es wieder rückläufig dort. Eine Halbierung der täglichen Arbeitszeit pro Mensch, pro arbeitendem Individuum im Verlaufe von hundert Jahren etwa. Stellen wir uns das in nochmal hundert Jahren vor, dann sind wir in der Tat, wenn wir das auf alle Schultern verteilen würden, in einer post-Arbeitsgesellschaft. Arbeit spielt noch eine Rolle, sie ist noch relevant. Aber sie füllt den kleinsten Teil unseres Tages aus. Das war mal die These, mit denen André Gorz in den späten 1970er Jahren begonnen hatte. Dennoch ist das nicht so einfach. Wir können uns nicht alle die selben Arbeiten teilen, weil die Arbeiten noch komplexer werden, anspruchsvoller werden. Niemand wird, wenn er ein Wissenschaftler ist, wenn er ein Maler ist, wenn er ein Theatermann ist, wenn er mit einer „kreativen“ Tätigkeit befasst ist, sagen vielen Dank, ich habe jetzt vier Stunden gemacht, willst du weiter machen. Ich habe mein Bild so weit fertig, aber hie und da mach noch was. Oder ich bin gerade an einer wissenschaftlichen Theorie, willst du die nicht zu Ende führen? In dem Maße, wie der Intelligenzquotient von Professionen steigt, wird das job sharing zu keiner wirklichen Lösung mehr. Es wird schwierig. Es geht natürlich. Je reproduktiver, je monotoner, je einfacher, je wiederholbarer Verrichtungen sind, desto mehr können sich diesem Prinzip fügen. Aber es werden eben von den neu kreierten Tätigkeiten nicht mehr so furchtbar viele sein. Und Umverteilung von Arbeit kann intelligenter laufen. Klar. Es muss ja nicht nur Arbeit geteilt werden. Es muss ja nicht auf der Ebene der täglich und wöchentlich und monatlichen Arbeitszeit laufen. Es könnte nach skandinavischem Vorbild laufen in der Form von Sabbaticals, wo man bis zu drei Jahre aussteigt. Das ist doch ein Projekt. Man steigt drei Jahre aus. Man macht drei Jahre was anderes. Familienzeiten, Bildungszeiten. In drei Jahren kann man doch wirklich was tun. Aber das führt zu einer Milderung des Problems, Teillösung des Problems und nicht zur Gesamtlösung des Problems. Aber immerhin. Ich finde, das gehört schon zu dem, was derweilen noch am weitesten geht.

Das, was dagegen steht, und das darf man wirklich nicht gering schätzen, warum ist denn dieser Kampf zwar nicht zum Erliegen gekommen, aber warum ist er so gebremst? Warum ist die Debatte völlig umgeschlagen in den letzten fünf Jahren, und es geht nicht mehr um Verkürzung von Arbeitszeiten sondern um Verlängerung von Arbeitszeiten? Und warum wird das auch politisch durchgesetzt? In Deutschland wird es sowohl privat als auch auf der Ebene des öffentlichen Dienstes durchgesetzt. Wenn man die fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland von der Straße holen wollte, müsste man eine tägliche Arbeitszeit von vier Stunden durchsetzen. Aktuell nicht wirklich realistisch. Allenfalls muss man eine drastische Reduktion der Arbeitszeit durchführen. Das Problem bleibt aber immer, dass es heute den Unternehmern leichter möglich ist, mit einem gegebenen Stamm von Arbeitskräften flexibel die Arbeitszeiten zu managen. Das heißt, mehr Arbeitszeit kann leichter angeeignet werden, ohne dass Mehrkosten entstehen. Warum sollte jemand angestellt werden, ich dadurch gleichzeitig die Arbeitszeit kürze, wenn ich ihn heute so arbeiten lasse und morgen bei einer anderen Marktlage anders arbeiten lasse. Dadurch geraten ganze ehrenhafte Bestände der Gewerkschaften wie Überstundenbezahlung natürlich enorm unter Druck. Heute sieht man jene Branche, morgen diese, in der von der 37-Stunden-Woche zur 40-Stunden-Woche zu 42-Stunden-Woche und zwar ohne jeden Lohnausgleich übergegangen wird. Warum? Weil das geht. Weil das Kräfteverhältnis sich verändert hat. Und weil der Gegenpol ja an Macht verliert. Eine absolute Krise der großen Institutionen, darunter der Gewerkschaften mit

Millionen Austritten im Gesamtverbund der deutschen Gewerkschaften beispielsweise. Das heißt, das Projekt ist nicht gescheitert, aber ist einstweilen gestoppt, es ist blockiert. Auf der Ebene kommt die Lösung einstweilen nicht. Wir diskutieren Rente mit siebzig in Deutschland, wöchentliche flexible Arbeitszeiten bis fünfundvierzig Stunden, die völlig gegenteilige Debatte. Und das widerspiegelt eine Umkehr der Machtverhältnisse. Na klar, was denn sonst. Darum kann man da keine so ganz großen Hoffnung im Moment rein setzen, so toll es wäre, dieses Projekt fortzusetzen. Sieben Stunden Arbeitszeit, sechs Stunden Arbeitszeit, warum nicht, wenn es durchsetzbar ist?

Ich habe nicht alles gesagt. Entschuldigen Sie bitte. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich jetzt ein bisschen knapper war.

Misik

Ich danke dir Wolfgang, ich danke Ihnen, die so lange ausgeharrt haben. Ich entschuldige mich bei jenen, deren Diskussionsrecht ich abgeschnitten habe. Aber es tut so einem Gespräch in der Regel nicht so gut, wenn man es so lange führt, dass ein Drittel schon geht. Deswegen muss man wissen, wann man am besten aufhört und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.